Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 7 (1927-1928)

Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Epilog. — Die Rufland-Debatte. Frangösische Fremdenlegion. Ordensverbot. — Fragen ber schweizerischen Landesverteibigung.

In 17. und 18. Jahrhundert war auswärtige Politik für die Schweiz so gut wie gleichbedeutend mit dem Berhältnis zu Frankreich. Seine Krönung erhielt dieses Berhältnis zur Zeit Napoleons in der Form des ausgesprochenen französischen Protektorates. Die europäische Ordnung von 1815 schuf die Ansätze zu einem europäischen Kräftegleichgewicht und erklärte gleichzeitig die Unsahängigkeit der Schweiz vom französischen Einfluß als im Interesse Europas liegend. Unter dieser Ordnung erkarkte die Schweiz innerlich und äußerlich und erlebte ein Jahrhundert reicher und eigengesetzlicher Geschichte. Mit dem Ausgang des Welktrieges hat auch die Ordnung don 1815 ein Ende genommen, nicht nur hinsichtlich der allgemeinen europäischen Lage, sondern auch hinsichtlich berzeingen der Schweiz. Seither ist auswärtige Politik für die Schweiz wieder so gut wie gleichbedeutend mit dem Verhältnis zu Frankreich. Zugegeben, daß seit acht Jahren auch die schweizerischeitalienischen Beziehungen gesegenklich von sich reden machen. Aber Anlaß dazu geben scharf abgegrenzte Gebietswünsche des südlichen Nachdarn und nicht der Anspruch auf Richtungsbestimmung der gesamtschweizerischen Solates seinem politischen Schweizerischen Staates seinem politischen Schweizerischen schates seinem politischen Schweizerischen seinem benstitischen Schweizerischen schates seinem politischen Machtbereich einzussügen. — Dieser Grundscharakter unserer auswärtigen Lage ist auch soeben in verschiedenen Berhandlungen und Aussprachen der Bundessversammlung zum Ausbruck gekommen.

Beherrscht war die eben zu Ende gehende Tagung der eidgenössischen Räte außenpolitisch durch die Frage des Savoher Berzichts, wenn auch andere Fragen, wie beispielsweise diejenige der russischweizerischen Beziehungen, in den Berhandlungen einen ungleich breiteren Raum einnahmen Unsere Leser werden uns Dank wissen, wenn wir uns, nachdem über diese und die mit ihr zusammenhängende Freizonenfrage schon so viel Tinte geflossen ist, mit einem kurzen Nachruf dazu begnügen, wie es sich bei einer stillen Be-

erdigung gehört.

Die Schweiz war Nutnießerin der europäischen Ordnung von 1815 auch in gedietlicher Hinsicht. Genf kam unter Einschluß bisher französischen und savohischen Gedietes als neuer Kanton zur Schweiz. Weitergehende Gediets-aufrundungen im unteren und südlichen Talbecken des Genferses, wie sie von genferischer und gesamtschweizerischer Seite z. T. gefordert wurden, scheiterten am Widerstande Tallehrands und der Gleichgültigkeit der übrigen Großmächte. Sonderbestimmungen wirtschaftlicher und militärischer Art auf den geographisch zu Genf und zum Talbecken des Genferses gehörenden französischen und sowischen Gebietsteilen schusen einen gewissen Ersat für die nicht erreichte uns mittelbare Einverleibung. Neu waren diese Sonderbestimmungen nicht. Sie lehnten sich an ähnliche Bestimmungen früherer Jahrhunderte an, die ihrersseits ihren Ursprung darauf zurücksührten, daß durch die bernische Eroberung um die Mitte des 16. Jahrhunderts sämtliche nach dem Genferse mündenden Talschaften eidgenössischen, bezw. savohischen Besit dann aber durch wirtschaftliche und militärische Ausnahmebestimmungen noch einen engeren Zusammenhang mit den eidgenössischen Gebieten wahrten.

Der Aufhebung dieser Schutzordnung, die die Verträge von 1814/16 um Genf (und das Wallis) gelegt hatten, war der Art. 435 des Versaillex Verstrages gewidmet. Das Verdienst an dessen Justandekommen gebührt dem das maligen Bundespräsidenten Ador und seinem eigenmächtigen Vorgehen, das der übrige Bundesrat nachträglich nicht zu desavouieren wagte. Die eids

genössischen Käte haben im Lause der Jahre und nach einigen Aufwallungen beiden Berzichten des Artikels 435 zugestimmt. Der Verzicht auf die militärische Schutzone wurde schon 1919 und 1921 ausgesprochen, blieb aber wegen Verschiedenheit des Textes ohne Verbindlichkeit; der Verzicht auf die Virtschaftszonen erfolgte im Frühjahr 1922 durch Zustimmung zum sog. Zonenabkommen. Hier bot sich aber nun zum ersten Mal Gelegenheit, die Fragen des Art. 435 vor das Volk zu bringen. Dieses bekundete seine Meinung unzweideutig in der Abstimmung vom 18. Februar 1923. Ein halbes Jahr nachher holte sich Poincaré mit Gewalt, was ihm nicht freiwillig gegeben werden wollte. Und nach Verlauf eines weiteren Jahres stimmten Bundesrat und Bundesversammlung einem Schiedsabkommen über die Freizonen zu, das ein weitzgehendes Sich-Absinden der Schweiz mit dem durch den Gewaltakt Poincarés geschaffenen Zustand bedeutet.

Man hat allerdings vor der Offentlichkeit den Eindruck erwecken wollen, als ob es sich bei diesem Schiedsabkommen noch um einen gewissen Erfolg von schweizerischer Seite handle. Eine solche Auffassung läßt sich indessen weder durch den Wortlaut des Abkommens, noch durch die Geschichte seines Zustandetommens rechtfertigen. Dagegen bestätigt bas feitherige Berhalten Frantreichs vollauf jene andere Auffaffung, wonach man auf frangofischer Seite ben Prozeß vor dem haag als den geeignetsten Weg betrachtet, die im verworfenen Abkommen vom August 1921 verfolgten, weitgesteckten Ziele zu verwirklichen. Was unter letzteren zu verstehen ist, hat Poincaré u. a. in mehreren mit der Schweiz gewechselten Noten aus dem Jahre 1923 durchblicken lassen, wo er von einer, durch ein Schiedsverfahren zu findenden Lösung spricht, die "der Lage der beteiligten frangofischen und ich weizerischen Gebiete und den fie einenden engen wirtschaftlichen Banden Rechnung trägt", ober von einer "Wirtschaftsordnung, die normale Beziehungen zwischen geographisch zusammengehörenden Gebieten festlegt", wie sie das Abkommen vom August 1921 vorgesehen habe und die in der Bolksabstimmung vom Februar 1923 "von der Mehrheit der den beteiligten Kantonen angehörenden Stimmen gebilligt" worden sei. Mit andern Worten: Es ist der Gedanke einer das Talbeden des Genfersees gang oder teilweise, also französisches und schweizerisches Gebiet gleicherweise umfassenden Bone wirtschaftlicher Ausnahmebestimzerisches Gebiet gleicherweise umfassenden Zone wirtschaftlicher Ausnahmebestimmungen, wie ihn das verworfene Abkommen bereits einmal zu verwirklichen versucht hatte. Nun ist allerdings im Haager Prozeß, auf schweizerische Beranlassung hin, eine Stufe eingeschaltet, auf der die beiden Parteien nach Absichluß des rechtlichen Prozeßteiles zu unmittelbaren Berhandlungen über eine Neuregelung der Berhältnisse im Genferseegebiet zusammentreten. Diese Berhandlungen stehen aber unter der ständigen Drohung, daß im Falle ihres Scheiterns das Gericht selbst die Neuregelung trifft. Und wie kann diese Neuregelung sein? Entweder es wird die alte Zonenordnung von 1815 wieder hergestellt, das heißt ausschließlich französisches Gebiet mit wirtschaftlichen Sonderbestimmungen belastet. Nachdem aber schon heute vier Jahre verstrichen sind, seit diese Ordnung durch Poincarés Gewaltakt ausgehoben ist, und bis sind, seit diese Ordnung durch Poincares Gewaltakt aufgehoben ist, und bis zu der entsprechenden Stufe des haager Prozesses zum mindesten weitere vier Jahre verstreichen können, ware es leichtfertige Selbsttäuschung, vom Prozeß eine Wiederherstellung der alten Verhältnisse zu erwarten. In der genügenden Verlängerung und Eingewöhnung des von Poincaré geschaffenen Zustandes vor Ergehen des Gerichtsspruches ist daher auch einzig der Grund für die frangosische Berschleppungstaftit bei der Ratifikation ber Schiedsordnung zu erbliden, und nicht etwa, wie viele schweizerische Hirtenknabengemuter noch immer gerne glauben möchten, in der Angst Frankreichs vor dem Ausgange bes Prozesses. — Wenn aber mit einer Wieberherstellung der bisherigen Bonenordnung nicht zu rechnen ist, welcher Art wird dann die Lösung sein, die bas Gericht treffen fann? Nun, bann gibt es eben nur bie von Poincaré und ber französischen Politik immer ins Auge gesaßte Lösung: auf französisches und schweizerisches Gebiet eine Zone mit wirtschaftlichen Sonderbestimmungen zu legen. Für die Schweiz ist und bleibt eine solche Lösung unannehmbar, benn einer wirtschaftlichen Sonderstellung der welschschweizerischen Kantone im schweizerischen Staatsverband müßte früher oder später die politische folgen. Gelingt es der Schweiz, sich der Auferlegung einer solchen Lösung zu entziehen wovon wir keineswegs überzeugt sind —, dann bleibt nur die gleichmäßige wirtschaftliche Behandlung des gesamtschweizerischen und gesamtsranzösischen Gesbietes übrig, m. a. W. gar nichts.

Das also sind die Aussichten dieses Haager Prozesses. Und um dessen Bustandekommen zu ermöglichen, glaubte man nun neuestens noch den Verzicht auf die savohische Reutralität, die militärische Schutzone von 1815, aussprechen zu müssen. Ein kläglicheres, von mehr Unfähigkeit beherrschtes Rapitel weist die doch an außenpolitischem Unvermögen nicht eben arme Schweizergeschichte kaum auf. Nein, wenn man sich schon einmal auf diesen Haager Prozeß einsgelassen hatte und ihn durchsechten wollte, dann durste man die Savoher Neutralität auf keinen Fall vor Ablauf des ersten Prozeßteils aus den Händen geben. In den auf diesen Prozeßteil einsehenden unmittelbaren Verhandlungen hätte die savohische Neutralität den einzigen kann mittelbaren Verhandlungen hätte die savohische Neutralität den einzigen kompensationsgegenstand gesbildet, den die Schweiz in die Wagschale zu wersen gehabt hätte. Nach ersgangenem Verzicht — und der Verzicht wird ja rechtskräftig, wenn Frankreich seine Zustimmung zum Prozessieren gegeben hat — steht die Schweiz mit völlig leeren Händen da. Sie ist jeht Frankreich auf Gnade und Ungnade ausgeliesert.

Dag ber heutige militarische Wert ber Savoyer Neutralität umftritten ift, haben wir früher ermähnt. Selbst wenn dieser aber so fragwürdig wäre, wie vielfach angegeben wird: sicherlich verhinderten diese militärischen Sonderbestimmungen von 1815, im Berein mit ben wirtschaftlichen, daß die frangofische Staatlichkeit sich in den betreffenden Gebieten des Talbedens des Genfersees mit ihrer ganzen Macht und Bucht auswirten konnte. Runftig wird bas anders fein. Darum tommt diefer nun endgültig ausgesprochene Berzicht auf die Savoper Reutralität einem Rudzug der Schweiz aus jenem westlichen Vorland gleich, zu dessen Eroberung Hans Franz Nägeli und seine Scharen einst mit wehenden Bannern und geleitet von politischem Beitblid, ausgezogen waren. Gewiß, esist noch nicht der vollständige Rückzug. Aber ein Schritt näher dazu hin. Es ist aber auch kein Rückzug, wie etwa der von Marignano, unter Mitnahme der Ehrenzeichen und Wahrung der nationalen Würde. Es ist ein kläglichessich aus dem Staubemachen vor den Fußtritten des großen Nachbars; mit Begleitumständen, die an die besten Zeiten ber französischen Ambassadorenherr= schaft erinnern. Hat der französische Botschafter in Bern sich doch nicht ge= scheut, im letten Frühjahr wie jest jeweils vor den entscheidenden Abstimmungen in der Bundesversammlung die Mitglieder des Bundesrates und ber Eidgenössischen Rate zu Fest- und Feierlichkeiten mit Trank, Speis und Tang auf seine Botschaft zu laben. Und biesen Einladungen ist von Bundesratsund zahlreichen Bundesversammlungsmitgliedern stets Folge geleistet worden. Der Ausspruch eines französischen Gesandten aus dem 18. Jahrhundert "wenn jeweils in ben eidgenöffischen Raten "ein patriotischer Dampf" auffteige, so brauche es bloß eines kleinen goldenen Regens, um ihn zu vertreiben" hat auch heute noch seine volle Geltung. Die Formen mögen etwas geändert haben. Die Rolle des "goldenen" Regens spielt heute vielleicht der rote Bandeli-Regen. In der Sache ift fich alles gleich geblieben.

Es hat unter diesen Umständen nahe gelegen, dem Bolke mittels eines Referendums Gelegenheit zu geben, sich auch über den Berzicht auf die milistärische Schutzone auszusprechen. Der Schreibende dieser Zeilen war dazu entschlossen, mußte sich aber den Erwägungen der Mehrheit seiner Gesinnungsstreunde fügen. — Jene ehrenwerten und wohlmeinenden Genfer Kreise, die sich seinerzeit gegen den von Bundesrat und Bundesversammlung bereits aussgesprochenen Berzicht auf die wirtschaftlichen Schutzonen und die Errichtung einer Zone auf dem schweizerischen Gebiete der welschen Kantone zur Wehrseten, klammern sich heute an den Haager Prozeß wie an einen Strohhalm, der sie vor dem endgültigen Bersinken im französischen Machtbereich retten sollscher welsche Widerstandskern wäre bei einem Referendumskampf zwischen dem

mit Frankreich kämpfenden Teil der Welschschweizer und dem Groß der deutschschweizerischen Berzichtsgegner zerrieden worden. — Ferner haben schweizerische und französische Diplomatie sich so trefflich in die Hände gearbeitet, um dem Schweizervolk den Gebrauch seines Reserendumsrechtes zu verunmöglichen, daß die Lage sür die Ergreisung eines Reserendums denkbar ungünstig war: wer das Reserendum gegen den Savoner Berzicht ergriffen hätte, wäre dem Borswurf ausgesetzt gewesen, den Austrag des Haager Prozesses verunmöglicht und so den Berlust der Jonen sür die Schweiz verursacht zu haben. Poincaré hat aus seiner Niederlage vom 18. Februar 1923 gelernt und diesmal das Schweizersvolk mit Hülfe seiner eigenen Regierung mundtot gemacht. Wir beugen uns vor solchem Können und bekennen uns als besiegt.

Bie zu erwarten, hat die Rußland. Debatte in den Räten keine irgendwelchen neuen Gesichtspunkte ergeben. Die Borowski-Angelegenheit bleibt durch das Berliner Abkommen erledigt. Die Biederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland ist aber einer späteren Zeit vorbehalten. Die vielen darüber geschriebenen und gesprochenen Borte galten daher auch gar nicht dem schweizerisch-russischen Berhältnis. Auch hier stand das Berhältnis zu Frankzeich im Hintergrund. Berrier hat das im Nationalrat in die Borte gesaßt: "Der Bölferb und hat das Abendland gegen das Morgen-land zu verteid ig en." Bölkerbund, das war und ist sür den durchschnitzlichen Belschschweizer eben Sicherung der durch den Bersailler Bertrag geschaffenen europäischen Neuordnung. Die Zulassung des entwassenten Deutschsland, das ging noch; im Gegenteil, man konnte das europäische Mittelreich so am ehesten unmerklich — sein Beitritt war zu freiwillig — dem französischenglischen Machtspftem eingliedern. Unders eine Zulassung Kußlands. Durch eine solche würde die erwartete Birkung der Zulassung Deutschlands in ihr Gegenteil verkehrt. "Die Einsührung der Sowzets in den Bölkerbund ist ein Keim der Auflösung wod eine Kussischund gegen Morgenland, d. h. eines unter französischer Kuhendland gegen Morgenland, d. h. eines unter französischer Kühen ware zerschlagen.

Ein Anzeichen, daß sich seit 1920 einiges in Europa geändert hat, ist nun aber die Haltung der deutschen Schweiz zu dieser sog. Rußland-Frage. Außer den Kommissions-Berichterstattern haben zwar bürgerliche Vertreter der deutschen Schweiz kaum das Wort dazu ergriffen. Sie überließen es den Sozialisten, den Berliner Vergleich gegenüber der welschen Opposition zu verteidigen. Die "Berner Tagwacht" hat die neue Lage wie folgt geschildert: "Wir hatten schon früher Auslandsdebatten. Sie unterschieden sich von der heutigen das durch, daß dazumal deutschschweizerische und welsche Borniertheit herzeinig gesmeinsam auf die Bolschewiki schimpste... Inzwischen hat die deutschschweizerische Industrie den Kank selber gefunden, ... so daß die frühere Ein heit sfront zwischen Deutsch zu no Westschweiz in die Brüche gegangen ist."

* *

Unter ben übrigen außenpolitischen Fragen, die in der Bundesversammlung zur Erörterung kamen, sei nur noch diesenige des Dienstes von Schweizern
in der französischen Fremdenlegion und der ausländischen Ordensverleihungen
gestreift. Zu beiden Fragen ist, besonders im Ständerat, sehr Zutrefsendes
gesagt worden. Bezüglich Fremdenlegion herrschte, so sehr man in der
Berurteilung dieser unwürdigen Einrichtung — wenigstens unter den Deutschschweizern — einig war, vorwiegend Resignation vor. Ihre Berteidigung ist
benn auch Pierre Gresset in der "Gazette de Lausanne" vorbehalten geblieben,
wo es bei Erwähnung des Postulates Reinhard und seiner Versechtung heißt:
"Meinhard wird von der Vorstellung schweizerischer Soldaten geplagt, die nach

dem Siege (der Schweiz doch, oder?) unter dem Arc de Triomphe defilierten. Es hat sich natürlich im Saale (des Nationalrates) niemand gefunden, der den Mut besaß, daran zu erinnern, daß diese Einrichtung ihre Schattens, aber auch ihre Lichtseiten hat, daß sie noch einer Geistesversassung bei unsentspricht, die nichts Unwürdiges an sich hat, diesenige des militärischen Ruhms."— Nein, Herr Grellet, für diese Art militärischen Ruhms, wenn einige hundert, meist unter betrügerischen Borspiegelungen angeworbene arme Teusel von Landssleuten sich, unter den menschenunwürdigsten Bedingungen, für den Kolonialsimperialismus der Grande Nation totschlagen lassen müssen, hat man bei und wirklich kein Verständnis mehr.

Betreffs Maßnahmen gegen die außländischen Ordensverleihungen ist im Ständerat die Ermahnung an den Bundesrat mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden. Die bundesrätliche Antwort läßt aber kaum erwarten, daß man an leitender Stelle in dieser Richtung etwas zu unternehmen gewillt ist. Die von einem welschen Vertreter abgegebene Erklärung, daß die Ordensinhaber gleich gute Patrioten seien wie die nichtbekorierten Schweizerbürger, kann ebenfalls nicht gerade beruhigend wirken. So bürfte denn die angekündigte Initiative für ein allgemeines Ordensverbot kaum mehr

allzu lang auf sich warten laffen.

.

Wir möchten heute noch auf das soeben erschienene 3. Heft der "Beröffentlichungen bes Bolksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz" aufmertsam machen, das den von Oberstforpstommandant Th.v. Sprecher im letten Fruhjahr in Bern auf Beranlaffung der Berner Boltsbund-Gruppe gehaltenen Bortrag*) über "Fragen der schweizerischen Landes = verteidigung nach den Erfahrungen in der Zeit des Belt= frieges" (Berlag Leemann, Burich, Fr. 1) wiedergibt. Es tommt darin die Rolle zur Darstellung, die die Schweiz in den Operationsplanen ihrer Nachbarftaaten vor Ausbruch bes Beltfrieges gespielt hat. Die jest veröffentlichten Generalstabswerte, Dentschriften und Aufzeichnungen führenber Militars laffen diese Rolle heute ziemlich eindeutig erkennen. Sprecher ist der Aberzeugung, daß 1914 offenbar alle Nachbarstaaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität hatten. In der durch das französische Generalsstabswerk bekannt gewordenen Anweisung des französischen Operationsplanes XVII auf Zerstörung des Badischen Bahnhofs in Basel sieht er nur eine grundsstätzt. sätliche Verhaltungsmaßregel, die nur bei vorhergehender deutscher Provokation zur Anwendung kommen sollte. — Der Ruhezustand, wie er nach den Erstlärungen der Nachbarstaaten, die schweizerische Neutralität zu achten, vom August 1914, bestand, änderte sich im Jahre 1916, wo auf französischer und italienischer Seite die Befürchtung eines deutschen Durchbruchs durch die Schweiz auftrat, die auf italienischer Seite zur Ausführung weitgehender Befestigungsarbeiten an ber schweizerischen Subgrenze, auf frangosischer zur Aufftellung ber "Belvetischen Armee" unter Fochs Kommando westlich bes Doubs führte. Auch hier zweifelt v. Sprecher nicht, bag beibe Nachbarftaaten autgläubig hanbelten.

Aus der Bersailler Neuordnung von 1919 haben sich im Einzelnen für bie Schweiz vorwiegend folgende drei Anderungen ihrer militärischen Lage er-

^{*)} Diesem Bortrage wohnten, nebenbei bemerkt, zwar die Spiten ber schweizerischen Armee, nicht aber, trot persönlicher Einladung, irgendwelche Bertreter des Bundesrates bei. Als kurz nachher dagegen der Franzose Loucheur in Bern über die Weltwirtschaftskonferenz sprach, war der Bundesrat mehrefach vertreten, Bundesrat Motta führte sogar den Borsit der Bersammslung. Im Anschluß an den Loucheur-Bortrag waren zahlreiche Mitglieder der Bundesversammlung zu Champagner und kaltem Buffet auf die französische Botschaft geladen. Am andern Morgen fand im Nationalrat frühzeitig die Absstimmung über den Savoher Berzicht statt. Das Ergebnis teilte Bundesrat Motta beglückt durch Hands und Kopfgeste nach der Diplomatenloge hinauf mit.

geben: Die Ungliederung des Elfasses an Frankreich; bei ber vollftandigen Entwaffnung Deutschlands ift allerdings auf lange Zeit hinaus kaum mit einer friegerischen Auseinandersetzung zwischen bei beiden Mächten im Norden und Nordwesten zu rechnen. Die Angliederung Südtirols an Italien mit Ber-legung der italienischen Grenze auf die Reschenscheided bedeutet für die Schweiz eine große Erschwerung in der Berteidigung des Unterengadins. Als Folgen bes schweizerischen Bergichts auf die savonische Neutralität werden bezeichnet (S. 30): "In Savohen werzichen vir uns darauf gefaßt machen, daß Garnisonen dahin verlegt, Festungen daselbst gebaut werden, daß Material zum überfallartigen Angriff auf St. Maurice im Frieden in nächster Nähe der Verwendungsorte bereitgestellt werden kann, und daß am Ende sogar Kanonenboote auf dem Genfersee erscheinen. Im Hindlick auf all dies gewinnt die Straße des Col des Montets und der Tête Noire erhöhte Bedeutung wegen der Möglichkeit, auf diesem Wege nicht nur die besten Stellungen zur Beschießung von St. Maurice rasch zu erreichen, sondern St. Maurice felbst zu umgehen, um über Martinach an den Simplon zu gelangen oder umgekehrt"; gegen einfache französische Sperrftellungen bagegen sei nichts einzuwenden; sie seien nur geeignet, Italien von einer Benutung des Simplons zum Angriff auf Savonen abzuhalten. (Diese von berufenster Seite gegebene Darstellung bestätigt unsere im Aprilheft geäußerte Befürchtung, die Grenzpässe zwischen Savonen und Wallis könnten nach Wegfall ber Neutralisierung Nordsavohens zu einer frangöst= ichen Offensibstellung gegen Stalien über Großen St. Bernhard und Simplon werden.) — Schwerwiegender als die Anderung im Einzelnen ift aber die Gesamtänderung der schweizerischen Lage durch die Zerstörung des europäischen Kräftegleichgewichts im Gefolge des Kriegsausganges. Während bes Weltkrieges haben wir nämlich die Erhaltung unferer Reutralität zum guten Teil dem Umftand verdankt, daß beiden Rriegsparteien gleichviel an berfelben lag. Eine ähnlich gunftige Lage konnten wir für die Bukunft nur wieder erwarten, wenn die beiden funftigen Rriegsparteien wieder ungefähr gleich ftart, b. h. wenn ein gewisses Gleichgewicht ber europäischen politischen Gruppen bestünde.

Die Schrift enthält natürlich noch viel anderes Beherzigenswertes. Wir möchten sie Allen, die an den Fragen unserer Landesverteidigung Anteil nehmen, aufs wärmste empfehlen.

Bürich, ben 29. Juni 1927.

Sans Dehler.

Bur eidgenössischen Steuerpraxis gegenüber dem Wölkerbund.

In der Geschäftsberichtsdebatte des Ständerates unterzog Ständerat Böhi die neuestens vom Bundesrat gegenüber den Bölkerbundsbeamten schweiszerischer Staatsangehörigkeit wie gegenüber den Bermögenswerten des Bölkerbundes geübte Steuerpraxis einer scharfen Kritik. Seine Ausführungen geben zweifellos einem in der schweizerischen Offentlichkeit weit verbreiteten Empfinden Ausdruck und verdienen, auch im Druck festgehalten zu werden. Wir sind, dank dem Entgegenkommen Herrn Böhis, in der Lage, sie im folgenden unsern Lesern in ihren Hauptteilen im Wortlaut zur Kenntnis zu bringen:

"Der Bundesrat wollte, wie es im Geschäftsbericht auf S. 85 heißt, burch Gewährung der Steuerfreiheit für schweizerische Bölkerbundsbeamte 'vermeiben, daß die Bestimmungen der zurzeit in Kraft bestehenden Verträge zu einer, wenn auch bloß mittelbaren finanziellen Belastung des Bölkerbundes führen.

Diese Absicht des Bundesrates ist gegenüber dem Bölkerbund sehr liebenswürdig; aber ihrer Verwirklichung steht nach meiner Ansicht unsere Verfassung und Gesetzgebung entgegen. Die Verträge des Völkerbundes mit seinen Angestellten haben nur privatrechtlichen, unsere Kriegssteuergesetzgebung aber hat öffentlich-rechtlichen Charakter. Offentliches Recht bricht aber privates Recht. Der Bölferbund fonnte in seinen Unstellungsverträgen mit Schweizerburgern feine Steuerfreiheit zusichern, die mit der schweizerischen Souveranität und mit der schweizerischen Kriegssteuergesetzgebung, welche ein Ausfluß dieser Souveränität ist, im Widerspruch steht. Nach Art. 6 des Bundesbeschlusses betr. die neue außerordentliche Rriegssteuer sind steuerpflichtig: "die naturlichen Bersonen, a) die in der Schweiz ihren Wohnsit haben; b) die sich in der Schweiz aufhalten und hier eine Erwerbstätigfeit ausüben."

Bu dieser Kategorie von Personen gehören auch alle Beamten und Ansgestellten des Bölkerbundes, soweit ihnen nicht diplomatische Jmmunität zustommt. Rechtlich kann hierüber ein Zweisel wohl nicht bestehen. Die Bestreiung der schweizerischen Bölkerbundsbeamten von der Kriegssteuer verstößt also gegen unsere Rriegssteuergesetzgebung und gegen ben in Art. 4 ber Bundesverfassung niedergelegten Grundsat ber Gleichheit aller Burger bor bem Gefet.

Bor bem verfassungsmäßigen Grundsat ber Rechtsgleichheit muß die Unannehmlichkeit zurudtreten, die fich für den Bolferbund baraus ergibt, bag seine mit Beamten schweizerischer Nationalität geschlossenen Anstellungsverträge ben Beamten — vielleicht aus Bersehen — Steuerfreiheit zusicherten, die von Rechtes wegen nicht besteht, und daß die fraglichen Beamten wegen der Nichtig-teit dieser Bertragsbestimmung ben Bölkerbund vielleicht verantwortlich machen und um Schabenersat ansprechen möchten, wenn — ja wenn gegen ben Bölker-bund überhaupt gerichtlich vorgegangen werben tann, was fehr zweifelhaft sein durfte, da er sich wohl weder einem schweizerischen Gerichte, noch bem internationalen Gerichtshof im Haag unterwerfen wird. Das mag für ben Bölferbund und feine schweizerischen Beuntien eine Intovenienz ober Un-annehmlichkeit sein, kann aber keinen Grund bilben, von Anwendung unseres Berfaffungs- und Gefetesrechtes Umgang zu nehmen.

Aber nicht nur vom Standpunkt des Rechtes, sondern auch von dem-jenigen der Billigkeit aus erscheint mir die erwähnte Steuerbefreiung als anfechtbar. Die Beamten und Angestellten des Bolferbundes beziehen Besoldungen, die über das landesübliche Daß hinausgehen, und die feineswegs dazu nötigen, aus Kommiserationsgründen, aus Mitleid, etwa nach Analogie von Art. 111 bes Rriegssteuerbeschlusses noch Steuerbefreiung zu gemähren. . .

Richtig ist, daß der Ranton Genf so generos war, allen Bolkerbunds-beamten, auch benjenigen schweizerischer Nationalität, Steuererlaß zu bewilligen, nachdem er es eine Zeit lang nicht getan hatte. Allein diese Generosität bes Kantons Genf — seine Finanzlage scheint ihm das zu erlauben! — kann für uns nicht maßgebend sein. Von Bundes wegen sollten wir nicht zur Bermehrung bes Beamtenabels bes Bolferbundes mit feinen feubalen Borrechten und Freiheiten beitragen; wir follten von Bundes wegen in der Anerkennung von Brivilegien und insbesondere von Steuerfreiheiten nicht weiter geben, als wir nach dem Bolferbundsvertrage geben muffen; benn nichts ift für eine Demofratie und für bas in einer Demofratie nötige Bertrauen in einen gerechten Vollzug der Gesetze gefährlicher als die Privilegierung gewisser, ohnehin schon eine Vorzugsstellung genießender Personen. Und dann eine zweite Magnahme. Der Bundesrat behnte die Befreiung

von der eidgenöffischen Stempelfteuer auf Coupons auf famtliche in Betracht tommende Bermögenswerte des Bolferbundes aus. Er tat dies, wie der Bericht sagt, ", dem dringenden Ersuchen des Generalsetretariates entsprechend", also wie mir scheint, nicht aus rechtlichen Erwägungen, sondern mehr aus Höflichkeit, aus Courtoisie.

Meine Herren, Sie erinnern sich, daß bei Beratung der Revision bes Stempelfteuergesehes Berr Rollege Silbebrand ben Antrag stellte, das Bermögen der Bitwen und Baifen bis zu gewiffen Beträgen von der Stempelsteuer zu befreien. Der Ständerat hat ben Antrag abgelehnt, von der Unschauung geleitet, daß bei einem Fistalgeset Ausnahmen von seiner Anwendung schon im Gesete selbst nur bei zwingender Notwendigkeit vorgesehen werden sollen. Mit bieser Anschauung scheint mir bie bem Bölkerbund gewährte

Stempelfteuerbefreiung nicht im Gintlang ju fteben. Der Bolferbund, der bas Geld ja aus der Erde stampfen, Millionenpaläste bauen, sein Personal sehr reichlich besolden, Konferenzen über Konferenzen einberusen und Expertenstommissionen für alle möglichen Zwecke in alle Teile der Welt schicken kann, vermöchte wohl auch die im Verhältnis zu seinen übrigen Ausgaben sehr besicheidene schweizerische Stempelsteuer zu entrichten. Der Völkerbund ist rechtslich zu deren Entrichtung verpslichtet, weil er nicht unter die in Art. 17 des Bundesbeschlusses vorgesehenen "Ausnahmen von der Steuerpflicht" fällt. Ich weiß nicht, welches die finanzielle Tragweite der dem Völkerbund

gewährten Steuerbefreiung ist. Das ist für mich auch nicht die Hauptsache; das mag eventuell die Finanzkommission näher untersuchen. Wichtiger ist mir

die ideelle oder moralische Seite der Angelegenheit.

Meine Berren, Sie miffen, welche fuhle Aufnahme die Borlage des Bundesrates auf Revision bes Stempelsteuergesetes ichon im Ständerat gefunden hat. Die Sympathien für dieses Gesetz werden aber durch die dem Bölkerbunde vom Bundesrat gewährte Steuerbefreiung jedenfalls nicht größer, und es muß auf ben einfachen Burger einen bemühenden Gindruck machen, wenn er sieht, wie bas bereits bestehende Beset mit Bezug auf bas Bermögen der Witmen und Baisen, von ökonomisch Rleinen und Schwachen, noch verschärft werben foll, auf bas Bermögen eines fo Großen und Mächtigen aber, wie ber Bolferbund ift, überhaupt feine Anwendung findet, obicon ein gesetlicher Befreiungsgrund nicht vorliegt.

Meine Herren. Ich habe volles Berftandnis für die unangenehme Lage, in welcher der Bundesrat gegenüber dem "dringenden Wunsche" des Generals sekretariates des Völkerbundes sich befand, und ich begreife, daß der Bundesrat diesem Wunsche gegenüber lieber gefällig als unfreundlich sein wollte. Aber über die Gefälligkeit geht beim Vollzug der Gesetze und insbesondere der Fistalgesete, die Gerechtigkeit; mit der Gerechtigkeit aber scheint mir die dem

Bölkerbund gewährte Bergünstigung nicht in Ginklang zu stehen. Die große Rugland-Debatte, die gestern und heute in unserm Rate stattfand, wie die fleine Betrachtung, die ich foeben über zwei an sich vielleicht unwichtig scheinende und daher in bem Berichte unserer Rommission mit Stillschweigen übergangene Magnahmen bes Bundesrates anzustellen mir erlaubte, beziehen sich auf Akte bes Bundesrates, die einzig und allein durch die Tatsache veranlagt murben, daß der Bolterbundsfit auf bem Gebiete der Schweiz sich befindet.

Man mag zu biefer Tatfache sich stellen, wie man will; man mag über bas Geschent bes Bölkerbundssiges mehr ober weniger erfreut und beglückt sein, wir muffen mit berselben rechnen und muffen auch die in Frage stehenden Afte bes Bundesrates im Lichte biefer Tatsache beurteilen. Tut man bas und ich tue es -, so wird man billiger Beise anerkennen, daß ber Bunbesrat und ich tue es —, so wird man villiger Weise anertennen, das der Sundestut vor heikle Entschließungen sich gestellt sah. Andererseits wird aber auch der Bundesrat es verstehen, wenn seine von mir soeben besprochene steuerrechtliche Prazis gegenüber dem Bölkerbund und seinen Funktionären schweizerischer Nationalität das Rechtsempfinden weiter Areise nicht befriedigt, sondern Besbenken erweckt, denen ich Ausdruck zu geben mir gestattete.

Es gibt gewisse Grenzen, auch den Zumutungen des Völkerbundes gegensüber! Wollen diese Grenzen unter Mißachtung unserer internen Gesetzebung

überschritten werden, so mussen wir mit einem kategorischen Ron possumus! antworten. Wir burfen bas wohl umso eher, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie eine führende Macht bes Bolferbundes, Frankreich, trot bes Schieds- und Bergleichsvertrages, ben wir mit Frankreich abgeschloffen haben, unfere auf seinem Gebiete lebenden Schweizer mit einer Fremdensteuer belaftet, die nach ben Ausführungen bes Bunbesrates auf S. 50 und 51 bes gegenwärtigen Beschäftsberichtes staatsvertrags=, also rechtswidrig ist und in grellem Gegensaße steht zu der steuerpolitischen Liberalität, die der Bolferbund von der Schweiz glaubt erwarten zu bürfen."

Das franke Parlament.

Es besteht gar kein Zweifel darüber: in den weitesten Kreisen des Schweizervolkes nimmt das Interesse an der Politik und an den mit ihr in Berbindung stehenden Fragen und Problemen immer mehr ab. Noch bedentlicher als diese Interesselosigkeit ift das stets machsende Mißtrauen gegenüber der obersten Landesregierung und gegenüber dem schweizerischen Parlament. Der Bundesrat wird vom Parlament, dieses vom Bolf gewählt. Zwischen Parlament und Bolk besteht also ein direktes Berhältnis. Und dieses Berhältnis ist

schlecht. Warum?

Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Die Nationalräte werden birekt vom Bolk gewählt, die Ständeräte zum Teil, zum andern Teil durch die kantonalen Parlamente, die aber wiederum die Vertrauensleute der verschiedenen Bolfsschichten barftellen. Mit andern Borten: ber Souveran, b. h. bas Bolk, hat es in der hand, das Parlament so oder anders zusammenzuseten. Es hat also eigentlich keinen Grund, sich zu beklagen. Freilich, um völlig gerecht zu sein, mußte auch das Problem des Parteienshikems und dessen Auswirkungen untersucht werden. Doch ist dies eine Frage für sich. Heute möge nur so viel gesagt sein: die Einrichtung der Parteien ist nun einmal da, als geschichtlich gewordene Tatsache. Sie bestimmt letten Endes die Ru-

sammensetzung bes Parlamentes.

Das Mißtrauen bes Bolkes gegenüber Regierung und Parlament trat in ben letten Jahren bei wichtigen Abstimmungsvorlagen offensichtlich zu Tage. Der Bundesrat, die eidgenöfsischen Kammern, die politischen Parteien, die Preffe, fie alle mochten noch fo fehr für ein Gefet eintreten: bas Bolt fagte "Mein"! Zwei schlagende Beispiele dafür sind die Alkoholgesetrevision und das eidgenöffische Automobilgeset. Aber selbst die fog. Alpenstraßenvorlage, welche nicht nur einstimmig gutgeheißen worden war, sondern auch von keinem wirtschaftlichen Berband irgendwelche Opposition erfahren hatte, vereinigte bei ber letten eidgenöffischen Abstimmung rund 200,000 Reinsager auf sich. — Das Rätsel wird nicht badurch gelöft, daß man bem Bolke nun einsach Borniertheit vorwirft oder von einer Nachkriegspsichose spricht. Die Haltung des Souverans liegt vielmehr in einem ausgesprochenen Mißtrauen gegenüber dem Parlament begründet. Landauf-landab stößt man auf die Meinung: Was fann von Bern noch Gutes tommen?

Wenn man von einer Krise im Parlamentarismus spricht, dann muß man sich freilich darüber klar sein, daß sie sich keineswegs etwa nur auf die Schweiz beschränkt, sondern eine allgemeine Erscheinung ist. Sie tritt beis

nahe in allen Staaten in dieser oder jener Form auf. In Italien und in Sovietrußland hat diese Krise zum Tod des Parlamentarismus geführt, in beiden Staaten hat nur noch die Diktatur das Wort.

Während der Bundesrat in den letzen Jahren im Großen und Ganzen eine Politik der Schwäche, der Unselbständigkeit und des Verzichtes — namentlich in außenpolitischen Angelegenheiten — betrieben hat, ift bas Parlament immer mehr in bas Fahrwasser reiner Interessenpolitit geraten. Dies gilt in erster Linie vom Nationalrat. Die Bolksvertreter stellen die Grundfatlichteit und das Wohl des gesamten Landes immer mehr in den Hintergrund gegenüber den Wünschen und Begehren einzelner Landesgegenden und Wirtschaftsgruppen. Aus dem Staatsseckel möglichst hohe Bundessubventionen zu ergattern, ist oft das einzige Bestreben dieser Herren. Statt Kührer zu sein, find sie die Geführten. An Stelle der parlamentarischen Persönlichkeiten stellen sich immer mehr die parlamentarischen Nummern ein. Diese können ihre Sipe nur baburch halten, daß fie die Bunfche ber von ihnen bertretenen Landesgegend in ben Borbergrund ruden und wenn ihnen bies nicht gelingt, burch ihre Preffe wenigstens ben Schein zu erwecken suchen, als hatten fie weiß Gott mas geleistet und erreicht.

Es wird oft die Behauptung aufgestellt, das Barlament sei durch die Wirtschaftspolitik verseucht. Bis zu einem gewissen Grad mag dies stimmen, tropbem man sich klar barüber sein sollte, bag die Nachkriegszeit naturnot= wendig die Wirtschaftsprobleme auf die Oberfläche treiben mußte. Gehen wir das Personalverzeichnis des Nationalrates durch, so stoßen wir allerdings auf eine recht große Zahl von Gewerkschafts- und Verbandssekretären, nicht weniger auf Vertreter von Wirtschaftsverbänden aller Art. Aber das ist nicht das Ausschlaggebende, sondern daß diese Wirtschaftspolitiker den nötigen Weitsblick besigen, den Sinn für die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer weisen Staatspolitik. Sehr oft aber werden umgekehrt wirtschaftliche Fragen verspolitik is ert: aus kurzsichtigen Prestigezründen oder aus verblendeten Parteismotiven heraus gelangt das Parlament oft nicht zu einer Lösung, die im Interesse des Volksganzen läge. Ein klassisches Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist die Behandlung des Beamtengesetes.

Bekanntlich hat jedes Mitglied der eidgenössischen Kammern vor seinem Amtsantritt folgenden Eid, resp. Gelübde abzulegen:

"Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Berfassung und die Gessetze des Bundes treu und wahr zu halten, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren, die Unabhängigkeit des Baterlandes, die Freiheit und die Rechte des Bolkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu ersfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Dieser Eid ober dieses Gelübbe legen dem Abgeordneten Pflichten auf, deren er sich stets völlig bewußt sein sollte. Das Bolk hat das Recht, von ihm zu verlangen, daß er diese Pflichten ersülle. Dazu gehört einmal eine ern sthafte Arbeitsweise bes Parlaments. Wenn man auch nicht verlangen kann, daß der Einzelne für jede Frage gleiches Interesse aufbringe, so kann man doch von ihm erwarten, daß er wenigstens vom Verlauf der Geschäfte eine Uhnung habe. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall. Viele Abgeordnete benüßen die Ratsverhandlungen für ihre privaten Arbeiten und wenn dann über einen Gegenstand abgestimmt wird, müssen sie sich noch schnell erkundigen, worum es sich handelt. Nicht jedem ist es gegeben, Redner zu sein, aber er sollte doch wenigstens dassenige, was er vorzubringen hat, so darzustelsen vermögen, daß der Zuhörer einigermaßen begreift, was er will. Diese selbstverständliche Forderung wird sehr ost nicht erfüllt. Es gibt Botanten, die einsach ihr Manuskript ablesen und zwar in einer Weise, daß außer der nächsten Umgebung kein Wensch etwas davon versteht. Andere wiederum halten sich keineswegs an den Gegenstand der Beratungen, sondern schwaßen in den Tag hinein — nur damit sie auch einmal zum Reden kommen. Zahlreich ist auch die Zahl derer, welche sog. Tribünenreden halten. Sie wiederholen dassenige, was vor ihnen schon so und so viel andere gesagt haben. Sie müssen der den Liebünenbesuchern zeigen, was sie können, daß sie mit Recht im Kacht im Karlament sitzen u. s. w. — Diese Vielschwäßerei bringt es zum großen Teil mit sich, daß der Kat statt zweimal, nunmehr stets viermal im Jahr zusammenkommt und daß außer den vorgesehnen Vormittagssitzungen auch zahlreiche Nachmittagssitzungen stattsinden müssen. Dies alles auf Rechnung des geduldigen eidgenösssischen Steuerzahlers.

Die Mitglieder haben laut Geschäftsreglement den Sixungen in dunkler Rleidung beizuwohnen, auch bei der größten Hie. Wer dieser Vorschrift nicht nachlebt, hat einen präsidialen Rüffel zu gewärtigen. Es wäre doch gut, wenn

allen Borschriften so nachgelebt wurde, wie biefer rein äußerlichen.

Eine solche Vorschrift lautet: "Die Kommissionsreisen sind auf das Notwendigste zu beschränken." Was nicht hinderte, daß kürzlich eine Kommission von sage und schreibe 17 Mann mit Zuzug von zwei Verwaltungserperten und einem Bundesrat zwei ganze Tage lang sich in Amriswil zur Besichtigung eines zu erwerbenden Gebäudes aushielt. Zur Rechenschaft gezogen, erklärte der Kommissionspräsident, die Kommission sei von der Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen worden, habe den Bundesbahnen vermehrte Einnahmen und dem betreffenden Dorse Verdienstmöglichkeiten gebracht. Daß mit diesem unnötig verpulverten Gelde die Bundeskasse wiederum belastet wurde, scheint dieser schweizerische Logiker und Parlamentarier nicht überlegt zu haben. — Es ist begreiflich, daß solche Ereignisse, die in andern Bariationen immer wieder vorkommen, nicht gerade zum Ansehen unseres Parlamentes beizutragen

vermögen.

Bei diesen unseren Ausführungen möchten wir noch kurz bemerken, daß im schweizerischen Parlament zwischen dem Nationalrat und dem Stände rat deutlich unterschieden werden muß. Der Rat der Stände ist einmal das beständigere Parlament, seine Mitglieder gehören ihm meist auf längere Dauer an und versügen dementsprechend auch über mehr Ersahrung. — Es ist unseres Erachtens auch gänzlich falsch, wenn man, wie dies so oft geschieht, diesen Rat als quantité négligeable betrachtet. Der Ständerat ist das viel solidere Parlament, welches auch dank seiner zahlenmäßig geringeren Zusammensehung die Geschäfte sorgfältiger, gründlicher und oft auch mit mehr Sachkenntnis behandelt. Bei ihm hat die Grundsahvolitik noch ein gewichtiges Wort mitzureden und das Wohl der gesamten Eidgenossenschaft wird viel besser im Auge behalten, als im Rat der Nation. Man wird denn auch die Beobachtung machen, daß der Bundesrat im Ständerat jeweils auch die schwerere Position hat. Da kommen noch Debatten vor, bei denen man von einer ars politica reden kann!

Wenn wir also von einem kranken Parlament sprachen und sprechen mußten, so gilt dies beim Ständerat in weit geringerem Maß. Ja, man möchte wünschen, daß der "große" Bruder beim "kleinen" lernen möchte, lernen sos wohl zum eigenen Wohl, als auch zum Wohl des ganzen Schweizervolkes, das hier in erster Linie in Betracht kommt.

Bern, Enbe Juni 1927.

S. E. Wechlin.

Zur politischen Lage.

Zeichen der Zeit. — Das vorläufige Ende der Locarnopolitik. — Der englische Kurs.

Es bedeutet immerhin etwas, wenn ein verantwortlicher Staatsmann, der Leiter der Geschicke einer europäischem Großmacht, es nicht verschmäht, in einer großen öffentlichen Kundgebung von handgreislich un . richtigen Geschückten Gebrauch zu machen, um die Leidenschaften möglichst aufzustacheln. Etwas anderes hat aber Poincaré in seiner vielerörterten Rede zu Luneville nicht getan. Man denke nur einmal an die Art, wie er aus dem Besuche des deutschen Linienschisses, "Elsaß" in Portugal Kapital zu schlagen suchte. Das Schiff ist vor einem Vierlighrhundert gebaut worden und hat hiedei seinen Kamen erhalten, gerade so wie andere der gleichen Klasse nach andern deutschen Ländern und Provinzen genannt wurden, wie z. B. Preußen, Hessen, brauunschweig. Das Linienschisse, "Elsaß", das schon beim Ausdruch des Weltkrieges veraltet war, ist 1918 den Deutschen gesassen, weil man annahm, diese alten Kasten bedeuteten für niemand mehr eine Gesahr. Und heute nun will man mit der Tatsache, daß Deutschland ein Kriegsschissen und Kamen "Elsaß" besitzt, die schlechten Absichten der deutschen Regierung nachweisen. Benn jemand hier schlachten Absüchten der deutschen Kriegsschisse werlagter Benn jemand hier schlachten Absüchten Kriegsschisse eine Colmar, Strasbourg und Regemacht! Im Ernst, diese Angelegenheit ist derart lächerlich, daß man sich wirklich über sie wundern muß. Wie kam Poincaré dazu, gerade mit einem so schlechten Beispiele gegen Deutschland Stimmung zu machen? Offendar eben doch nur deshalb, weil er um jeden Preis seine alte Feindschaft gegen den Nachbar dekunden wollte und gerade nichts Stichhaltigeres zur Hand hier Das Geschichten von dem deutschen Linienschiff "Elsaß" und die ganze Rede Poincarés sind also als Zeichen der Zeit zu werten.

Dasselbe gilt von dem entsprechenden Verhalten der Presse. Auch hier kann man überall die Versuche feststellen, mit recht untauglichen Mitteln den

üblen Willen Deutschlands nachzuweisen. Wir haben bafür an einer Reihe unserer welschen Blatter einen fehr guten Barometer. Sie zeigen den Stand ber Stimmung in Baris mit untruglicher Sicherheit an. Man braucht nur bie "Gazette be Laufanne" zu verfolgen, jo weiß man immer, was die nationalistischen Rreise Frankreichs gerade benten. Da bringt nun die biedere "Gazette" in ihrer Rummer vom 20. Juni in großer Aufmachung eine Zusammenstellung bes von den Deutschen während der Monate November bis Januar nach Rußland gelieferten Kriegsmateriales. Ganz genau werden Firmen, Dampfer und Waren aufgeführt. Zum Überfluß wird dazu noch bemerkt, daß man leider die Kriegsmaterialsendungen aus den deutschen Fabriken in Rußland nach Deutschland nicht genau feststellen könne. Als Quelle wird eine polnische Zeitung angegeben. Mit dem Ganzen soll natürlich das enge Zusammenspiel Deutschlands und Ruglands und die hinterhältigkeit der deutschen Politif nachgewiesen werden. Es ist auch nicht zu leugnen, daß biefe genauen Angaben den gläubigen Leser start beeinflussen können. Allerdings, wenn man etwas näher zusieht, macht man ganz merkwürdige Entbedungen. Man findet z. B. als Ladung eines Schiffes angegeben "Lotomotiven für Militärzüge". Das ift natürlich ein handgreiflicher Blödfinn, denn gewöhnlich werden Militarzuge nicht von besonderen Lokomotiven gezogen. Der polnische Spionagedienst, dem die Melbungen zu verdanken find, ift hier in feinem Gifer etwas unvorsichtig gemefen und hat den Beweis geliefert, daß er eben jede deutsche Warenlieferung nach Rugland zum Kriegsmaterial zu stempeln weiß. Wenn man nun weiter zufieht, fo findet man, daß die meisten Bosten burch die Erklärungen der polnischen Gewährsmänner berart umgefälscht worden find. Da findet sich Stahl "für Kanonen", chemische Stoffe, Schmierol für Flugzeuge, Telephonbestandteile, Eisenbahnschienen, Rleinbahnmaterial, Lastautomobile, "gepanzerte" Automobile, Sanitätsmaterial, Dynamit u. f. w. u. f. w. Wir haben es hier alfo mit einer Statistit des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Rußland zu tun, die man durch "Erklärungen" so frisiert hat, daß sie die gewünschten Lieferungen von Kriegsmaterial "beweist". Und mit Wohlbehagen gibt man bas Dokument in Lausanne weiter. So wird es eben gemacht. Jeder arbeitet an seinem Plate an der Bölkerversöhnung, Poincaré in Lunéville, die "Gazette" in Laufanne.

Wenn übrigens jemand noch Zweifel darüber hätte, ob wirklich der Loscarnokurs in Frankreich bereits beendet sei, so wird er jest nach der Tagung des Bölkerbundsrates und dem neuen Hervortreten Poincarés diese Zweifel wohl verloren haben. Mit der großzügigen Umkehr Frankreichs, wie sie die Politik von Locarno bedingt, ist es vorläusig wenigstens Schluß. Man hat das ja schon lange kommen sehen. Die Gründe dafür sind klar. Sie liegen nicht in Deutschland, für das sich ja die Lage nicht geändert hat; sie liegen in der allgemeinen politischen Umgruppierung und in den Veränderungen in den Großstaaten.

In erster Linie kommt einmal Frankreich selbst in Betracht. Es hat sich zur Aufgabe der 1919 eingeschlagenen Politik des gewaltsamen Untenhaltens Deutschlands nur unter dem Drucke der äußersten Rot entschlossen. Als die sinanziellen Schwierigkeiten immer größer, die Unzufriedenheit im Lande immer stärker wurde, da versuchte man es, auf das Zureden und den Druck von außen her, mit einer versöhnlicheren Haltung. Die Rechtskreise, die das nach wie vor für verderblich ansahen, gingen unter dem Drucke der Lage grollend in eine abwartende Haltung zurück. Die Linksparteien schlugen die Richtung ein, die über Locarno und Thoirh zu einem erträglicheren Nebeneinander Deutschlands und Frankreichs führte. Immer aber blieb in Frankreich dabei ein mächtiger Widerstand zu überwinden. Es ist das nur zu begreiflich, wenn man bedenkt, daß eben bei dieser Politik manche Errungenschaften von 1918 wohl oder übel preisgegeben werden mußten. Bei einer solchen Lage war es zum Vornherein sicher, daß das Einlenken Frankreichs nur so lange dauern würde, als man eben nicht anders konnte. Denn jeder weitere Schritt auf der eingeschlagenen

Bahn mußte mit neuen Berzichten die Unzufriedenheit der Rechten immer von

neuem anspornen.

Die schlimme Lage Frankreichs hat sich unterdessen beträchtlich gebessert. Die ernsten Gefahren in den Kolonien, in Marokko und Sprien, sind überswunden, mit viel Geld und Blut freilich. Auch den Währungsverfall und die finanziellen Nöte hat man aufhalten können. Freilich hat dabei auch die Kraft der Linksparteien versagt. Man mußte die Regierung aus Vertretern der Rechten und der bürgerlichen Linken zusammenseten, unter der Führung Poinscarés. Mit diesem Augenblick war im Grunde genommen das Schicksal ber Locarnopolitik entschieden. Bei der ersten gunftigen Gelegenheit wurde man damit Schluß machen. Je weiter nun die Besserung der Lage fortschritt, besto größer wurde die Freiheit nach außen. Jest hält Poincaré offenbar die Zeit für gekommen, die bisherige verborgene Hemmung jedes Fortschrittes in der beutsch-französischen Annäherung aufzugeben und den Kampf nun offen zu führen.

Es ware jedoch verkehrt, zu glauben, daß es jest sofort wieder zu offenen Feindseligkeiten kommen werde. Noch sind dafür die Verhältnisse in Frankreich nicht genügend abgeklärt. Aber jedes Nachgeben Frankreichs wird einstweilen unmöglich gemacht oder doch nur teuer verkauft werden. Das wird seine erste Auswirkung im Rheinland haben. Die neue Lage wird sich aber auch im ganzen Bereiche ber beutschen Politik fühlbar machen. Besonders wird man sie im Bolferbund merten, wo es nun noch schwieriger als bisher sein wird, für die vielen auf dem Spiele stehenden deutschen Belange eine einigermaßen befriedigende Lösung zu erzielen. Db aber aus dieser empfindlichen Abfühlung der deutsch-französischen Beziehungen ernftere Zusammenstöße entstehen werden, das wird gang von der weitern Entwicklung in Frankreich, in dem ja ber innerpolitische Rampf immer heftiger wird, und von der Gestaltung ber gesamteuropäischen Politik abhängen.

Möglich geworden ist diese neue französische Bolitik freilich nur durch die Haltung Englands. Bon London aus hat man feinerzeit unermudlich am Bustandekommen des Locarnopaktes gearbeitet. Die englische Politik brauchte für ihre anderweitigen Aufgaben eine Beruhigung am Rhein. Man durfte es ja nicht magen, sich irgendwo festzulegen, während immer die Gefahr eines neuen schweren Zusammenstoßes am Rhein drohte. So brachte man Deutsche und Franzosen durch eifriges Zureden und den Druck auf die französische Währung zusammen. Mit bem Augenblicke ber Einigung in Locarno aber erlosch bas englische Interesse. Man wünscht in London gar nicht, daß Berlin und Paris allzu intim werden. Ein uneiniges, aber nicht geradezu offen feindseliges Europa war England immer noch am bequemsten. Man hat deshalb von dort aus bisher nichts getan, um die Abkühlung der deutsch-französischen Freundschaft zu verhindern. Man kann aber sicher sein, daß man bei einer gefährslichen Zuspitzung des Verhältnisses nicht ruhig zusehen wird.

Einstweilen gibt die heutige Lage den englischen Staatsmännern Gelegenheit, die beiden Mächte für ihre Absichten gegenüber Rußland auszunuten. Denn rascher, als man vielleicht erwartet hat, ist zwischen England und Ruß- land ein Kriegszustand ausgebrochen. Es konnte ja schon lange kein Zweifel barüber bestehen, daß man in London die Notwendigkeit empfand, der ununterbrochenen Buhlarbeit ber Bolichewisten an allen empfindlichen Bunkten ber englischen Machtstellung ein Ende zu seten. Nur ber Zeitpunkt blieb noch Bett ift man in England einen Schritt weiter gegangen und hat die Beziehungen mit Rugland abgebrochen. Damit hat man die Absicht öffentlich kundgegeben, mit dem Gegner abzurechnen. Wird man dabei lange stehen bleiben können? Das erscheint ausgeschlossen. Eine bloße Drohung kann ja natürlich nichts ausrichten. Wie man sich aber in England ein wirksames Vorgehen gegen Rugland bentt, das ift heute noch durchaus unsicher. Nur das sieht man, daß die englische Regierung auf allen Seiten um Bundesgenoffen wirbt. Bielleicht soll zuerst eine allgemeine Abschnürung Rußlands von der übrigen Welt erfolgen, eine umgefehrte Wiederholung ber Kontinentalfperre

Napoleons? Dafür aber braucht man einmal Frankreich, das bisher ja immer noch mit den Bolichemisten über die Schuldenruckahlung verhandelt hat. In Baris wird man wohl unterdeffen gemerkt haben, daß die Bezahlung der alten Schulden Ruglands durch die Bolichewisten eine mehr als unsichere Sache ist. Bielleicht ist man es auch mude geworden, sich den Speck durchs Maul giehen zu lassen. Auf jeden Fall hat man die englischen Berbungen durchaus nicht abgewiesen. Man ist aber ebenso entschlossen, seine Dienste nicht umsonst zu leisten. Der erste englische Gegendienst besteht aber darin, daß man

den deutschen Wünschen ein taubes Ohr zeigt.

Da kommt allerdings eine neue Schwierigkeit. Neben Frankreich wird England zu einem wirksamen Vorgehen gegen Rußland auch Deutschland brauchen. Dieses zeigt jedoch einstweilen gar keine Lust, in die allgemeine antibolschewistische Front einzuschwenken. Man müßte ihm entweder eine gute Belohnung in Aussicht stellen oder man muß es mürbe machen. Beides wird nicht seine Kösischeint aber daß Knaland es narerk mit dem Mürkenrachen nicht leicht sein. Es scheint aber, daß England es vorerst mit dem Mürbemachen versucht. Das tommt natürlich ebenfalls wiederum Frankreich zugute. Allerdings liegt gerade hier auch eine Möglichkeit, daß sich die Lage ploplich verändern wird. Wenn England Deutschland brauchen sollte und bas nur durch Entgegentommen erreichen tann, dann ware naturlich auch ein Ginlenfen Frantreichs wieder das Gegebene. Es wird interessant sein, zu verfolgen, welche Lösung man da finden wird. Es wird auf jeden Fall ein sehr kunstvolles Spiel der englischen Staatstunst brauchen, um ein Zusammengehen trot aller Gegenfäße zu erzielen.

So steht es fest, daß heute in der europäischen Politik die Drahtzieher nach wie vor in London sigen. England hat feine alte unabhängige Stellung zurudgewonnen. Db ihm aber zur Durchführung feiner weitgespannten Blane die Kräfte ausreichen werden und ob nicht einer der Mitspieler zur selbständigen Figur emporwachsen wird, das steht noch dahin. Man tann jedoch heute schon annehmen, daß Frankreich wieder erheblich standfester ist als im letten Jahre. Und Mussolini ist bekanntlich ein sehr unzuverlässiger Weggefährte. Von beiben

Seiten aus können jederzeit Störungen eintreten. Aarau, den 28. Juni 1927.

hettor Ammann.

Jugoslawiens politische Lage.

Durch ben königlichen Ukaz vom 15. Juni wurde die bisherige Skuptsching, welche seit zwei Jahren tätig war, aufgeloft, und Neuwahlen für den 11. September ausgeschrieben. Gleichzeitig ift die Regierung Bukitschewitsch-Marinkovitsch (Roalitionsregierung der Radikalen und Demokraten) als Wahlregierung bezeichnet und durch sieben neue Minister komplett geworden. Die Wahlregierung Butitschewitsch zählt somit achtzehn Minister, von welchen zehn Radikale, sechs Demokraten und zwei Generäle sind. Das innerpolitische Leben Jugoslaviens besindet sich seit dem Kriege fast ständig im Zeichen der Gärung; doch gelang es der serbischen Radikalpartei unter Führung ihres Gründers und Chefs Nikola Paschitsch, ihren Standpunkt in Bezug auf die Staatsform des neuen Staates der Serben, Kroaten und Slowenen durchzusetzen. Am 28. Juni 1921 genehmigte die Konstituante die "Bidovdan"-Verfassung, nach welcher das vereinigte Königreich S. H. Zentralistisch eingerichtet werben soll. Ein weiterer großer und zugleich letter Erfolg bes greisen und klugen Staatsmannes war bie im März 1925 erfolgte Bildung der Koalitionsregierung zwischen den ser-bischen Kadikalen und der kroatischen Bauernpartei, welche dadurch endgültig die monarchistische und zentralistische Form des gemeinsamen Staates anerkannte und sich während der letten zwei Jahre an der Regierung beteiligte. Diese Roalitionsregierung ber Serben und Aroaten, beren Erfolg in ber politischen Festigung und in ber wirtschaftlichen Konsolidierung Jugoslaviens offensichtlich war, überlebte zwar den genialen Staatsmann, — er starb im Dezember letten Jahres, - wurde aber ichon am 27. Januar diefes Jahren nach erfolglofen

Bemühungen der Radikalen, durch das widerspruchsvolle Benehmen des kroatischen Bauernführers Stjepan Raditsch, aufgelöst. Die barauffolgende sechste Regierung Uzunowitich, welche gemeinsam mit der flowenischen Boltspartei gebilbet wurde, fand nicht volle Billigung innerhalb der Radifalen Bartei felbst. Uzunowitsch, ber als Führer bes Bentrums ber Partei gilt, vermochte nicht die beiben Flügel der Raditalpartei zur Einigung zu bringen und sah sich gezwungen, dem Bertreter bes linken Flügels, Belja Bukitschewitsch, Plat zu machen. Butitschewitsch gelang es, eine Koalitionsregierung der Raditalen (die bis jest beinahe die Salfte der Stupichtinafige bejagen: 142 gegen 315) mit der Demofratischen Bereinigung (serbische Demokraten unter Führung Davidowitsch und bosnische Muslimanen) zu bilden. Diese Regierung wurde im Juni ergänzt und ihr wurde von König Alexander das Wahlmandat zugeteilt. Die öffentsliche Meinung zeigte sich mit der Opposition durch diese Lösung der politischen Krise befriedigt, da Bukitschemitsch als streng objektiver Politiker gilt, der vor allem Garantien für die freien Wahlen bietet. Dadurch ist auch dem radikalen Varteibauntausschus eine letzte Wäslichkeit gehaten warden eine Einigung im den Parteihauptausschuß eine lette Möglichkeit geboten worden, eine Einigung innerhalb des Parteiflubs vor den Bahlen durchzuführen. Gelingt diese Einigung, an welcher die prominentesten Persönlichkeiten der Partei, Marko Trifkowitsch, bisheriger Stupschtinapräsident, Uzunowitsch, Aza Stanojewitsch, Bizepräsischent der Radikalpartei, u. a. beteiligt sind, — so würde sie nicht nur die Rabikalpartei retten, sondern wäre solche ein großer Gewinn für das Land selbst. Andererseits tauchen Pressettimmen auf, nach welchen Ministerpräsident Butitschewitsch die Bildung einer neuen Partei beabsichtigen foll. Jedenfalls find alle diese Strömungen im innerpolitischen Leben fehr charakteristisch für die Auffassung der allgemeinen Lage Südslaviens.

Die andere Regierungspartei, die Demokratische Bereinigung, welche in der bisherigen Stupschtina 50 Abgeordnete zählte, verhielt sich der Krise der Radikalpartei gegenüber ruhig und abwartend, und wird auch die Wahlen mit den Radikalen gemeinsam durchführen. Das Berhalten der Opposition, vor allem der kroatischen Bauernpartei Raditsch's, die 60 Abgeordnete zählt, ist ebenso abwartend gewesen. In der soeben eingesetzen Wahlkampagne zeigte der Führer der Partei eine lebhafte Aktivität, ebenso Pribitschewisch, der Führer der selbständigen Demokraten. — Bon den nächsten Wahlen erhofft man ein positives Resultat, welches es der Skupschina ermöglichen sollte, die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme — Unisikation des Steuerschstems, Gesetzesausgleichung, Beilegung der chronisch gewordenen Wirtschaftszund Kreditkrise — mit Erfolg zu lösen.

Bährend die innerpolitische Situation dadurch im Juni eine Alärung erfahren hat, zeigte der jugoslawisch-albanische Streitfall um den Dolmetscher der jugoslawischen Gesandtschaft in Tirana, daß die Spannung, welche seit etwa sieden Monaten zwischen Italien und Jugoslawien besteht, noch nicht nachgelassen hat und noch immer ihrer Lösung harrt. Den Tiranapakt, nach welchem Albanien tatsächlich unter das italienische Protektorat kam, kann Jugosslawien niemals anerkennen. Der eifrige Befürworter der jugoslawisch-italienischen Freundschaft, der frühere Außenminister Dr. Kintschitsch, welcher fast sieden Jahre die jugoslawische Außenwinister Dr. Kintschitsch, welcher fast sieden Jahre die jugoslawische Außenwinister der kegierung zurück, da ihm für die weitere italophile Politik gerade durch den Tiranapakt jede gesunde Grundlage genommen wurde. Der jetzige Außenminister, Dr. B. Marinkowitsch, erklärte und betonte wiederholt den Standpunkt seiner Regierung, die Beziehungen zu Italien freundschaftlich zu gestalten. Der bestehende Freundschaftspakt zwischen Italien und Jugoslawien ist jedoch von keinem großen Werte, solange Italien zögert, die vitalen Interessen Jugoslawiens anzuerkennen. In der Tat enthält der Tiranapakt eine Klausel, nach welcher Italien sich verpflichtet, das persönliche Regime Uhmed-Beg-Bogus in Albanien mit Waffen zu unterstüßen, was eigentlich der Bassalität Albaniens Italien gegenüber gleichkommt. Diese Einmischung in die inneren Angelegen-heiten Albaniens kann aber Jugoslawien nicht ohne Angst für seine Südgrenze und Sicherheit der Südprovinzen betrachten. Wie bekannt, mißlang die zieht

jeder Bersuch der Großmächte, diesen Konflikt beizulegen, indem Italien zu behaupten versucht, daß der Tiranapakt eine Sache sei, die nur die beteiligten Staaten angehe. Gerade aber diese Bemühungen, die Chamberlain und Briand wie auch Strefemann an Tag legten, zeigten Muffolini beutlich, bag auch England der faszistischen Politik am Balkan nicht zu folgen beabsichtige. Die jugoflawische Auffassung über die Balkanpolitik bes Duce weicht nicht im geringsten von der Auffassung, die heute im allgemeinen in ganz Europa über die ita-lienische Außenpolitik herrscht, ab. Heute ist man sich in Belgrad darüber klar, daß Muffolini teine aufrichtige Freundschaftspolitit Jugoflawien gegenüber gewünscht hat. Kürzlich brachte die Belgrader "Politika", eine der angesehensten Zeitungen Jugoslawiens, einen großen Leitartikel über die faszistische Politik. Charakteristisch ist vor allem der ruhige Ton des Artikels, in welchem eingehend die sogenannte Einfreisungspolitif Mussolinis besprochen wird. "Schon bor bem Tiranapatt und besonders nach dem 27. November," schreibt der gut informierte Korrespondent, "hat Mussolini die Politik der Isolierung Jugoslawiens begonnen. Diese Einkreisungspolitik ging in zwei Richtungen und sollte Jugoslawien einerseits von den Nachbarn trennen, andererseits es in den Augen des demofratischen Europas kompromittieren. Die Note, die die italienische Regierung an England, Frankreich und Deutschland richtete und in welcher von den angeblichen Ruftungen Jugoflawiens an der albanischen Grenze die Rebe mar, bezweckte das oben erwähnte Ziel, und war die Folge aller jener Freundsschaftsverträge, die der Duce um Jugoslawien und gegen Jugoslawien zu schließen versuchte. Das Einvernehmen Italiens mit Rumänien und Ungarn, seine näheren Beziehungen zu Bulgarien und Griechenland und sogar auch zu Polen waren die Ursachen, welche die europäische Offentlichkeit veranlaßten, über die Folierung Jugoslawiens zu sprechen und über den großen Erfolg Mussolinis zu berichten. Und da damals (im März) noch England hinter dem Duce stand, wurden die Balkanereignisse in Europa mit großer Besorgnis verfolgt. Zwar war die Sympathie ber europäischen Offentlichkeit auf ber jugoflawischen Seite, doch zeigte ber materielle Erfolg Muffolinis, daß die Bolfer in Subosteuropa sich ber romischen Gefahr noch nicht bewußt sind."

Heute besteht glücklicherweise keine Gefahr mehr sür den Frieden Europas, da die Folierung Jugoslawiens der Bergangenheit angehört. Interessant ist ein Aussach, den der bekannte Berliner Professor und Reichstagsabgeordnete Dr. Hötsch über den italo-jugoslawichen Konflikt veröffentlicht hat. Der Konssikt, sagt er, besteht weiter zwischen Jugoslawien, welches das Prinzip "Balkan den Balkanwöskern" verteidigt, und Ftalien, welches sich demüht, am Balkan strategische Punkte und wichtige Wirtschaftsquellen in die Hand zu bekommen. Trot allen Bemühungen Mussolinis, die Bildung einer einheitlichen Balkanstront zu verhindern, ist es heute klar, daß diese Front der Balkanstaaten im Begrifse ist, sich zu bilden, so daß Ftalien kaum in die Lage kommen wird, seine Abssichen realisieren zu können. Der kürzlich stattgesundene Regierungswechsel in Rumänien, der Umschwung in der Stimmung Griechenlands, Ungarns und besonders Bulgariens zeigt, daß die gemeinsame Gefahr, welche hinter den Abssichen Ftaliens steckt, erkannt wurde, und daß dadurch eine günstigere Atmosphäre für eine Mitarbeit dieser Staaten mit Jugoslawien geschaffen worden ist. Der aufrichtige Wunsch aller dieser Länder, einschließlich Jugosslawiens, welches so viele gemeinsame wirtschaftliche Interessen mit Italien dat, ist es jedoch, die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien aufrecht zu erhalten. Zu diesem Umschwung der jugoslawischen Rachbarstaaten, besonders Rumäniens, hat ohne Zweisel die Kleine Entente, die sich im letzten Frühling in Joachimstal bestätigte und sogar ihre Ziele auf wirtschaftliche Gebiete erweiterte, viel beigetragen. — Auch der Besuch des Fräsibenten der französsischen Kepublik, Doumergue, in London zeigte klar, daß sich Italien in seiner discherusens, das durch seine Kriedenspolitik nicht nur Anerkennung und Sympathie in Europa gewonnen hat, sondern auch seinen Rachbarn einen Beweis seiner Bohaltät lieferte. Das "Balkan-Locarno" ist von seiner Realisierung nicht

mehr weit entfernt. In welcher Konstellation der Pakt sich präsentieren wird, ist heute allerdings noch nicht zu übersehen, doch lassen die letten Ereignisse barauf schließen, daß er außer den Balkanländern auch Ungarn umfassen wird. Ganz Europa würde diese Lösung des Balkanproblems ohne Zweifel freundlich begrüßen, da die so beginnende neue Ara für einen Dauerfrieden bürgen würde.

Belgrad. Michaelo A. Todorowitsch.

Bei dieser Gelegenheit sei auf eine neu erschienene deutsche Schrift über "das jugoslawische Problem" verwiesen.1) Der Berfasser, General von Tahsen, hat im letten Jahre Südslawien selbst aufgesucht. Die übliche Italienreise wurde hier durch eine Fahrt nach Dalmatien ersett. Aus den Reiseeindrücken und offenbar gründlichen Studien ist dann ein kleines Buch entstanden, das in erster Linie die politische Lage des neuen Südslawenstaates untersucht. Auf den 120 Seiten sinden sich eine Menge Angaben, die zur Einführung in diese wichtige Frage der europäischen Politik gute Dienste leisten können. Man darf deshalb das klar und schlicht geschriebene Büchlein empfehlen!

Randbemerkungen.

Much ein Gebenttag.

Nun sind es zehn Jahre her, daß unser Land eine der tiefsten Demütigungen erleiden mußte, welche es in seiner langen und oft ruhmvollen Geschichte erfahren hat: es sind nun zehn Jahre her, daß Bundesrat Hoffmann den mehr oder weniger offenen Drohungen der Entente weichen und von seiner Stellung als Bundesrat zurücktreten mußte. Etwas haben Aufzeichnungen von Bundesrat Müller den Schleier über die Vorgänge gelüftet, aber alles liegt noch nicht klar zu Tage. Den Welschen war Bundesrat Hoffmann schon längst ein Dorn im Auge, weil er nicht an die Lammesunschuld von England, Frankreich und Rußland und die Engelsreinheit von deren Zielen glauben wollte, wie es die heiligste Pflicht von einem jeden Schweizer, nach ihrer Meinung, verlangte und wie es mit etwas Abschwächung auch heute noch — nach Ausscheidung selbstverständlich von Rugland — verlangt wird. Und wer trat nun an Stelle von Hoffmann? ber ichon lange barauf gelauert hatte: eben Guftav Abor. Bie ein Kranter wohl einmal auf die Anordnungen eines Quadfalbers vorübergebend eine Linderung verspurt, um bann um fo unfehlbarer völlig zu verderben, so verschaffte und die Wahl des Herrn Abor in den Bundesrat die lobende Anerkennung Frankreichs, wo er ja fo gute Freunde besaß. Aber die Rechnung war gesalzen und ber Patient hat jest noch an den verabreichten Mitteln zu verdauen! Wir gber wollen nicht ber-gessen, was Herr alt Bundesrat Hoffmann wirklich unserem Lande geleistet hat. Und auch das, worüber er gestürzt wurde, war für unser Land gedacht gewesen. Es war seine Pflicht als schweizerischer Staatsmann gewesen, wo er fonnte, einen Frieden herbeizuführen. Und daß damals, im Sommer 1917, der Entente das Wasser bis an den Hals gestiegen war, das zeigt ja gerade ihre Furcht vor einem Frieden Außlands mit den Zentralmächten. Es wäre eine schöne Tat, Herrn Hoffmann als dem großen schweizerischen Staatsmann, dessen geistiges Ausmaß und Fülle des Charakters wir im jezigen Bundesrat sehr vermissen sing öffantliche Auswertennung der einen Kallen Gebrunden wir im jezigen Bundesrat fehr vermiffen, eine öffentliche Anerkennung der eidgenöffischen Rate, die ihn ja hatten halten und beden konnen und follen, auszusprechen. Wir jedenfalls wollen es an unserem gang bescheibenen Orte tun.

Frischherz.

¹⁾ Berlin 1927, Mittler. 120 S. mit 1 Karte. Mf. 3.80.

Bei der allgemeinen Aussprache über die Frage der fremden Orben und Auszeichnungen, die durch die Anfundigung der Ordensinitiative des Bolts. bundes ausgelöst worden ist, kam auch verschiedentlich die Rede auf die Berleihung von Scheiben durch den deutschen Reichspräsibenten an die führenden Mitglieder ber ehemaligen Sulfstomitees für bas notleidende Deutschland. Man warf die Frage auf, ob berartige Geschenke ebenfalls unstatthaft und beshalb durch die neue Initiative auch zu treffen seien? Die Antwort barauf scheint mir sehr einfach: Die ganze Bewegung gegen die fremden Orden und Auszeichnungen richtet sich gegen jede Beeinfluffung burch amtliche Stellen bes Auslandes. Wir Deutschichweizer können babei ruhig sagen, daß unser Landesteil bisher von dem Abel ziemlich verschont geblieben ift. Die vereinzelten Fälle der Unnahme fremder Auszeichnungen wurden bei uns immer als unstatthaft empfunden und meist auch in ber Offentlichkeit entsprechend gekennzeichnet. Dabei foll es bleiben. Wir konnen deshalb auch an der Schenkung von Scheiben durch den deutschen Reichs-präsidenten an eine Reihe von schweizerischen Persönlichkeiten keine Freude haben. Wir wollen hoffen, daß es bei dem einem Male bleibt. Im übrigen aber wird selbstverständlich ein ähnlicher Vorgang durch den vom Volksbund vorgeschlagenen Initiativtext ebenfalls getroffen und in Butunft unmöglich gemacht.

Das "Journal de l'Est" in Straßburg beglückwünscht seinen Redaktor Benjamin Ballotton, Waadtländer und seines Zeichens eifriger Propagandist für den französischen Nationalismus, zu der Verleihung eines Preises von 2000 Fr. durch die Schweizerische Schillerstiftung.

Wir begreifen an und für sich die Freude; 2000 Schweizerfranken machen in Straßburg 10,000 französische Franken aus und sind also nicht zu versachten. Wir müssen aber doch dabei auf einige bei der bekannten Klarheit des französischen Denkens recht wunderliche logische Sprünge hinweisen. Wie kann es das "Journal de l'Est", das tagtäglich gegen alles Deutsche in schärster Weise zu Felde zieht, über sich bringen, einen seiner Redakteure ausgerechnet einen "Schillerpreis" annehmen zu lassen und ihn dazu noch zu beglückwünschen? Wie kann es aber gar Herr Benjamin Ballotton, Offizier der Ehrenlegion und unermüdlicher Vorkämpfer alles Französischen, fertig bringen, einen Schillerpreis einzusachen? In seinem also ausgezeichneten literarischen Schaffen hat er doch seine Abneigung gegen alles, was mit den "Boches" zusammenhängt, oft und deutlich genug zum Ausdruck gedracht. Hat sich auch in diesem Falle etwa der alte Spruch bewährt, daß man es dem Geld glücklicherweise nicht anriecht, woher es stammt? Über den Geschmack läßt sich eben nicht streiten.

Wir empfinden es aber auch als eine Geschmacklosigkeit, daß die Schillerstiftung ausgerechnet Benjamin Ballotton auszeichnen zu müssen glaubte. Sie hätte dies ganz ruhig der für die Würdigung der Verdienste Vallottons am schesten zuständigen Stelle überlassen, der französischen Regierung.

Ş. A.

"Der Chef des Politischen Departements betrachtet seine Handlungen als unsehlbar; Kritiken treffen ihn nicht, Zweisel überraschen ihn... Offensichtlich ist Herr Motta ein wenig verwöhnt. Bon zahlreichen Zeitungen beweih-räuchert, seitens des Genfer Zirkels mit Lobsprüchen überschüttet, als "Großer Europäer" gepriesen, nimmt er es schlecht auf, wenn man seine Handlungen nicht blindlings billigt und unterschiebt denjenigen jede Art übler Leiden-schaften, die an seiner vollkommenen Beisheit zweiseln."

Dieses Urteil stammt nicht von uns, sondern von Edmond Rostand in ber "Gazette be Lausanne" vom 25. Juni.